

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28

politisches

# Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

februar 94

12 **06.02.1919** Vor 75 Jahren: Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung

13 **11.02.1919** Vor 75 Jahren: Friedrich Ebert wird Reichspräsident

14 **12.02.1974** Vor 20 Jahren: Solschenizyn muß in die Verbannung

15 **13.02.1974** Vor 20 Jahren: Arbeitskampf im öffentlichen Dienst

16 **13.02.1984** Vor 10 Jahren: Kohl in Moskau - Treffen mit Honecker

17 **15.02.1989** Vor 5 Jahren: Afghanistan: Ende der Sowjet-Invasion

18 **24.02.1949** Vor 45 Jahren: Das Tandem Adenauer/Erhard

19 **24.02.1984** Vor 10 Jahren: Stoph-Nichte begeht „Republikflucht“

20 **28.02.1991** Vor 3 Jahren: Ende des Golfkriegs

## Eröffnung der Weimarer Nationalversammlung

**A**m 6. Februar 1919 wird in Weimar die Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung eröffnet. Das Parlament tagt im Neuen Theater, und es fehlt nicht an mehr oder weniger feinsinnigen Anspielungen auf den „genius loci“ und die beiden deutschen Dichterkönige, deren gemeinsames Denkmal auf dem Vorplatz steht. Tatsächlich jedoch hat die Wahl Weimars als Tagungsort der Nationalversammlung kaum mit Goethe und Schiller, dafür aber um so mehr mit den unruhigen und unsicheren Verhältnissen in der Hauptstadt Berlin zu tun. Das erste wirklich frei gewählte und repräsentative Parlament der deutschen Geschichte fürchtet den Druck der Straße - das ist die schlichte und ernüchternde Wahrheit.

Die Wahlen vom 19. Januar 1919 haben ein eindeutiges Votum gegen das Rätensystem, die Räterepublik, die „Diktatur des Proletariats“ und alle ähnlichen Pläne der linken Revolution gebracht; ebenso eindeutig ist die Absage an die Restauration - also an die Wiederherstellung der Monarchie oder einer irgendwie gearteten autoritären Ordnung. Statt dessen haben das Prinzip der Gewaltenteilung, das parlamentarische System und die republikanische Staatsform einen überwältigenden Triumph errungen. Diesem Sachverhalt trägt der Verfassungsentwurf Rechnung, den der Staatsrechtler und Reichsinnenminister Hugo Preuß in der Nationalversammlung einbringt: Die Regierung der Weimarer Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Liberaldemokraten entscheidet sich für einen Bundesstaat auf parlamentarischer Grundlage. Erstmals wird in Deutschland das Prinzip der Volkssouveränität verankert: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in Art. 1 der Weimarer Verfassung. Auch sonst ist Weimar in vielerlei Hinsicht die „demokratischste Demokratie der Welt“ - und gerade deshalb besonders verwundbar. Denn anders als die „wehrhafte Demokratie“ des Grundgesetzes räumt sie auch ihren Feinden alle Freiheiten ein. Das macht die Republik von Anfang an zu einer hochgradig gefährdeten und schließlich fast hoffnungslosen Unternehmung - wozu im übrigen andere „Geburtsfehler“ der Verfassung tatkräftig beitragen (z.B. die übermächtige Stellung des Reichspräsidenten, die schwache Position des Reichskanzlers und die fortschreitende Parteienzersplitterung mangels einer „Fünf-Prozent-Hürde“).

Aber selbst all dies kann vierzehn Jahre später nur deshalb in die Katastrophe führen, weil - anders als in der Bundesrepublik - von Beginn an der Grundkonsens fehlt. Nur wenige sind bereit, den Staat zu „tragen“. Die Republik von Weimar sitzt zwischen allen Stühlen: (fast) niemand liebt sie, (fast) niemand will sie so, wie sie ist, und am Ende ist kaum jemand bereit, sie vor dem Untergang zu bewahren.

So betrachtet, ist der Auftakt - heute vor 75 Jahren - kein Zufall, keine Laune der Geschichte, sondern Vorbote der Krankheit, die zum Tode führt.

## Friedrich Ebert wird Reichspräsident

Am 11. Februar 1919 - heute vor 75 Jahren - wählt die deutsche Nationalversammlung in Weimar den SPD-Politiker Friedrich Ebert mit überwältigender Mehrheit zum ersten Reichspräsidenten der Republik. Seine Berufung gilt zunächst nur bis zur Verabschiedung einer neuen Reichsverfassung durch die Nationalversammlung. Tatsächlich bleibt Ebert sechs Jahre lang Reichspräsident - bis zu seinem Tod im Februar 1925. Allerdings wird er nie direkt vom Volk gewählt, wie es die Verfassung vorschreibt, sondern lediglich im Oktober 1922 vom Reichstag im Amt bestätigt.

1871 als Sohn eines Schneidermeisters in Heidelberg geboren, erlernt Ebert das Sattlerhandwerk und engagiert sich schon früh in der Gewerkschaft und in der SPD. 1912 wird er Reichstagsabgeordneter, im Jahr darauf Vorsitzender der SPD. Am Ende des Kaiserreichs ist er ein Gegner der Revolution und ein entschiedener Verfechter allgemeiner Wahlen und eines demokratisch-parlamentarischen Systems. Seit dem 9. November 1918 steht er de facto an der Spitze der Regierungsgewalt, und die Wahlen vom 19. Januar 1919 bescheren den Parteien der „Weimarer Koalition“ - Mehrheits-SPD, Zentrum und Liberaldemokraten - eine überwältigende Mehrheit. Eigentlich müßte Ebert am Ziel seiner Wünsche sein; tatsächlich aber beginnt jetzt erst sein Leidensweg.

Friedrich Ebert ist eine der tragischen Gestalten der deutschen Geschichte. Sein Bündnis mit den Mächten der alten Ordnung, das er für notwendig hält, um Chaos und Revolution nach russischem Vorbild zu verhindern, wird ihm auf der äußersten Linken schlicht als „Verrat“ angekreidet. In den folgenden Jahren wird selbst auf SPD-Parteitag sein Rücktritt oder gar sein Parteiausschluß gefordert. Unterdessen geht von der äußersten Rechten eine Flut von Schmähungen, Verleumdungen und Beleidigungen auf ihn nieder. Es gibt nichts, was ihm nicht öffentlich vorgeworfen würde - von seiner einfachen Herkunft bis hin zu angeblichen persönlichen und sittlichen Verfehlungen. Die unsäglichen Attacken gipfeln in Fotos, die den Reichspräsidenten in Badehose zeigen, und machen schließlich nicht einmal vor dem Vorwurf des Landesverrats Halt. Der daraufhin von Ebert angestrebte Prozeß - nur einer von zahllosen Prozessen, die er zur Rettung seiner persönlichen Ehre führt - , bringt ihn buchstäblich ins Grab; er stirbt, gerade 54jährig, an einer verschleppten Blinddarmentzündung.

Ebert ist - mit allen seinen Vorzügen und Unzulänglichkeiten - nicht einfach der Repräsentant, sondern die Verkörperung der Weimarer Republik. Sie zu stützen und das System der parlamentarischen Demokratie gegen seine immer zahlreicheren und dreisteren Feinde zu verteidigen, wird ihm in seinen letzten Jahren zum Lebensinhalt. Und das gilt es - bei aller Kritik, die auch Historiker verschiedenster Richtungen an Ebert üben - im Gedächtnis zu behalten.

## Solschenizyn muß in die Verbannung

**A**m 12. Februar 1974 - heute vor 20 Jahren - wird der russische Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn aus seiner Moskauer Wohnung zwangsweise zum Verhör abgeführt und anschließend in Haft genommen. Während er die Nacht im Lefort-Untersuchungsgefängnis verbringt, bemüht sich der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Falin, um einen möglichst baldigen Gesprächstermin im Bonner Auswärtigen Amt; dieser kommt am Morgen des 13. Februar auch zustande. Um die Mittagszeit des gleichen Tages wird Solschenizyn ein Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets verlesen: er bedeutet für den Schriftsteller die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und die sofortige Abschiebung.

Kurz nach 16 Uhr landet Solschenizyn mit einer Linienmaschine der Aeroflot auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen; von dort wird er direkt in das Landhaus seines deutschen Schriftstellerkollegen Heinrich Böll in der Eifel gefahren. In dem kleinen Ort Langenbroich haben sich nicht nur viele Bewohner der umliegenden Dörfer, sondern auch Reporter aus aller Welt eingefunden. Hier hält Solschenizyn zum ersten Mal ein gedrucktes Exemplar seines Buches „Archipel GULag“ in der Hand. Die im Westen erfolgte Veröffentlichung dieser schonungslosen Abrechnung mit dem grauenhaften System der sowjetischen Straflager unter der Schreckensherrschaft Stalins hat offenbar den letzten Anstoß zur Ausbürgerung Solschenizyns aus seiner Heimat gegeben. Schon lange zuvor ist der Autor des „Iwan Denissowitsch“, der „Krebsstation“, des „Ersten Kreis der Hölle“ und des „August 14“ von den Behörden seines Landes bespitzelt und drangsaliert worden; dennoch ist der Rückgriff der Moskauer Machthaber auf die barbarische Praxis der Vertreibung aus dem eigenen Land ein Schock für die zivilisierte Welt, der ein weiteres Mal Zweifel am sowjetischen Entspannungswillen schürt.

Nach 36stündigem Aufenthalt in Deutschland reist der Nobelpreisträger in die Schweiz weiter, wohin ihm seine Familie bald darauf nachfolgt. 1976 läßt sich Solschenizyn mit seinen Angehörigen in den USA nieder, die für lange Jahre die neue Heimat des Verbannten werden. Zunächst scheint die zynische Kalkulation des Kreml sogar aufzugehen: die ohnehin schwache Opposition gegen Breschnew und Co. wird weiter geschwächt, und nach einem gewaltigen Empörungsschrei rund um den Globus wird es allmählich immer stiller um den Schriftsteller, dem der Kontakt zur Heimat und ihrer Wirklichkeit fehlt. Das Schicksal eines Exilierten.

Aber am Ende überlebt Solschenizyn das Regime seiner Peiniger und wird Zeuge des Untergangs der Sowjetunion, die ihn - heute vor 20 Jahren - inhaftiert und anschließend aus dem Land gejagt hat.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28

## Arbeitskampf im öffentlichen Dienst

Am 13. Februar 1974 einigen sich die öffentlichen Arbeitgeber von Bund, Ländern und Gemeinden und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) auf Lohn- und Gehaltserhöhungen von 11 Prozent. Was für die Diener des Staates ein warmer Regen ist, bedeutet für seine führenden Repräsentanten eine schwere Niederlage. Für den Bundeskanzler Willy Brandt ist es gar ein Menetekel - und als solches wird es auch schon von den Zeitgenossen gedeutet.

Die Bundesrepublik leidet im Frühjahr 1974 massiv unter wirtschaftlichen Problemen und unter den Folgen des ersten Ölpreisschocks. Die Stabilitätspolitik der Regierung Brandt/Scheel hat zwar die Konjunktur abgebremst, nicht aber die Inflation; diese klettert im Laufe des Jahres auf 6,9 Prozent. Die steigende Arbeitslosigkeit ist der Vorbote einer scharfen Rezession; und die Gewerkschaften, die der stärksten Regierungspartei - der SPD - traditionell nahestehen, haben alle Mühe, ihre unruhige „Basis“ bei der Stange zu halten. In dieser Situation präsentiert die ÖTV unter ihrem bulligen Vorsitzenden Heinz Kluncker die Forderung nach einer 15prozentigen Lohnerhöhung und zusätzlichem Urlaubsgeld. Der Staat - Verhandlungsführer des Bundes ist der damalige Innenminister Hans-Dietrich Genscher - bietet zunächst 7,5 % an, schließlich 9 %, am Ende sogar 9,5 %. Es hilft alles nichts: am 11. Februar kommt es zu massiven Schwerpunktstreiks, und angesichts im Depot bleibender Busse und Bahnen - und vor allem: überquellender Mülltonnen - kapitulieren die öffentlichen Arbeitgeber nach nur zwei Tagen. Die elf Prozent sind ein Triumph für ÖTV-Boß Kluncker, dessen dieser freilich nicht recht froh werden wird. Denn schon bald darauf - nach dem Rücktritt Willy Brandts im Mai - gilt er auch unter SPD-Mitgliedern als einer von denen, die den vorzeitigen Sturz des Regierungschefs mitverursacht haben.

Heute - zwanzig Jahre danach - ist nicht ohne weiteres nachzuvollziehen, wie das Ansehen des Friedensnobelpreisträgers von 1972 durch einen Streik der Müllabfuhr nachhaltig beschädigt werden konnte. Aber im Frühjahr 1974 hinterläßt die offensichtliche Kapitulation des Staates vor den knallharten Forderungen seiner „Diener“ einen fatalen Eindruck. Dem Kanzler, der zunächst unnachgiebig bleiben wollte, werden bis weit hinein in die linksliberale Presse Führungsschwäche und Autoritätsverlust vorgeworfen; beim Publikum ist zudem noch in frischer Erinnerung, wie hilflos der Staat im Vorjahr auf den provozierenden Bummelstreik der Fluglotsen reagiert hat.

Tatsächlich hat Brandt den Gedanken erwogen, die ÖTV mit einer Rücktrittsdrohung zu stoppen. Und durchaus mit Bitterkeit bemerkt er rückblickend in seinen Erinnerungen, dies wäre nicht zuletzt aus Gründen der „politischen Selbstachtung“ geboten gewesen.

## Kohl in Moskau - Treffen mit Honecker

**A**m 13. Februar 1984 - heute vor zehn Jahren - kommt Bundeskanzler Helmut Kohl mit zahlreichen anderen Staats- und Regierungschefs nach Moskau. Anlaß sind die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen sowjetischen Parteichef Juri Andropow, der nach dem Tod Breschnews nur fünfzehn Monate amtiert hat. Auch Nachfolger Konstantin Tschernenko, der in diesen Februartagen vor zehn Jahren auf den Schild gehoben wird, hat nur noch gut ein Jahr zu leben; als Michail Gorbatschow im März 1985 an die Macht kommt, ist er der vierte Kreml-Herrscher innerhalb von nicht einmal zweieinhalb Jahren. Die restlos verkrustete Gerontokratie der KPdSU in der Vor-Gorbatschow-Ära zeigt sich nirgends sinnfälliger als in der schlichten Aufzählung der Sterbedaten des alten „Breschnew-Clans“.

Unter den Trauergästen sind George Bush, Margaret Thatcher, Sandro Pertini, Pierre Mauroy, Indira Gandhi und zahllose weitere Prominente aus aller Welt - selbstverständlich auch die Staats- und Parteichefs des Warschauer Pakts. So kommt es am Vorabend der Beisetzung Andropows zum ersten Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und DDR-Staatschef Erich Honecker. Dieser hat noch am Vorabend seiner Moskau-Reise ausgiebig auf der „endgültigen“ Existenz zweier Staaten in Deutschland herumgeritten und zugleich die deutsch-deutsche „Verantwortungsgemeinschaft“ beschworen - und damit nur die Zwickmühle offenkundig gemacht, in der die DDR im Frühjahr 1984 steckt. Einerseits ist Ost-Berlin gezwungen, in die Moskauer Klagen über angebliche westliche „Kriegsvorbereitungen“ einzustimmen; andererseits aber braucht die DDR dringend ein Alibi, in dessen Schutz sie mit der Bundesrepublik weiter Politik machen kann. Im Jahr zuvor hat die DDR einen von der Bundesregierung verbürgten, spektakulären Milliardenkredit erhalten; die innerdeutsche Postpauschale ist im Winter 1983 kräftig erhöht worden; die wachsende Zahl der Ausreisen wird von Bonn teuer bezahlt; ein großes Geschäft mit VW nimmt Konturen an - und der nächste Milliardenkredit ist nur noch ein paar Monate entfernt. Das heißt: die DDR braucht die Kooperation mit der Bundesrepublik dringend, muß aber gleichzeitig den Eindruck vermeiden, ausgerechnet im Schatten der „Nachrüstung“ den westdeutschen Einheitslosungen auf den Leim zu gehen; denn die Regierung Kohl hat in allen Erklärungen zur Deutschlandpolitik keinen Zweifel daran gelassen, daß sie an der Einheit der Nation und am Fernziel der Wiedervereinigung festhält.

Das Treffen in Moskau endet mit der gemeinsamen Mitteilung, daß von einem „friedlichen Nebeneinander und Miteinander“ beider Staaten „günstige Wirkungen für die Entwicklung in Europa“ ausgingen. In Fernsehinterviews erklärt der Bundeskanzler, er sehe trotz des schwierigen weltpolitischen Klimas mit „gedämpftem Optimismus“ in die Zukunft der innerdeutschen Beziehungen.

## Afghanistan: Ende der Sowjet-Invasion

**A**m 15. Februar 1989 - heute vor fünf Jahren - endet die sowjetische Invasion in Afghanistan. Als „letzter Soldat“ der benachbarten Supermacht geht der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen, General Gromow, zu Fuß über die Brücke am Grenzfluß Amu-Darja zurück auf usbekisches Territorium. Das ist der Schlußstrich unter ein militärisches Abenteuer, welches in mancherlei Hinsicht dem Desaster ähnelt, das die andere Supermacht USA anderthalb Jahrzehnte zuvor in Vietnam erlebt hat.

Begonnen hat alles mit einem blutigen Putsch zu Weihnachten 1979; es ist der vierte Regierungswechsel in Afghanistan innerhalb von 20 Monaten, und alle drei Vorgänger des neuen Machthabers Babrak Karmal haben mit ihrem Leben bezahlt - obwohl sie von Mal zu Mal immer sowjetfreundlicher geworden sind. Aber jetzt macht der Moskauer Parteichef Breschnew Ernst: „Auf Ersuchen seiner legitimen Regierung“ wird Afghanistan in Erfüllung der „internationalistischen Pflicht“ der Sowjetunion mit einem „begrenzten Kontingent“ der Roten Armee bedacht, das in Wahrheit weit über 100.000 Mann zählt. Es beginnt ein schmutziger und mit großer Brutalität geführter Krieg gegen die afghanischen Widerstandskämpfer, der die Sowjetunion in jeder Hinsicht einen hohen Preis kostet: die Entspannungspolitik mit dem Westen gerät ins Wanken, die Moskauer Olympiade von 1980 wird von zahlreichen Staaten boykottiert, das Verhältnis zu China und zu den blockfreien Ländern wird erheblich belastet, und Moskau bringt fast die gesamte islamische Welt gegen sich auf. Zudem leidet die sowjetische Wirtschaft schwer unter der Kriegslast, während die große Zahl der eigenen Opfer in der Heimat Unruhe und Verbitterung schafft. Im Februar 1986 nennt Generalsekretär Gorbatschow Afghanistan eine „einzige blutende Wunde“; damit deutet sich erstmals ein Kurswechsel an, obgleich Gorbatschow im selben Atemzug die „Konterrevolution“ und den „Imperialismus“ für die Nöte der Roten Armee verantwortlich macht.

Tatsächlich gelingt es der Sowjetunion auch in über neun Jahren Krieg nicht, ein stabiles kommunistisches Regime in Kabul zu installieren. Dafür ist Afghanistan verwüstet; mehr als 1,2 Millionen Zivilisten sind umgekommen, und ein nach Millionen zählendes Flüchtlingsheer kampiert notdürftigst im benachbarten Pakistan, als heute vor fünf Jahren der „internationalistische Einsatz“ der Sowjetarmee zu Ende geht. Das politische Chaos, das die Invasoren hinterlassen, dauert bis in die Gegenwart fort. Das soziale Gefüge Afghanistans ist weitgehend zerstört; religiöser Fanatismus, Rückständigkeit, politische Unerfahrenheit und Zwietracht zwischen Völkern und Stämmen haben dafür gesorgt, daß das Land noch heute auf die Früchte des Sieges wartet, den die Mudschahedin über die einstige Supermacht errungen haben.

## Das Tandem Adenauer/Erhard

**A**m 24. Februar 1949 - heute vor 45 Jahren - beginnt in Königswinter bei Bonn eine zweitägige Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone. Die äußerlich eher unscheinbare Veranstaltung wird aber zu einem Meilenstein der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auf Einladung Konrad Adenauers - zu dieser Zeit ist er Vorsitzender der CDU in der britischen Zone und Präsident des Parlamentarischen Rats, der in Bonn über das künftige Grundgesetz berät - hält der parteilose Professor Ludwig Erhard ein Grundsatzreferat über seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen.

Erhard ist Anfang März 1948 zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in der amerikanisch-britischen Bizone in Frankfurt gewählt worden; damit ist er so etwas wie der heimliche Wirtschaftsminister von „Trizonesien“ - so die populäre Verballhornung der drei Westzonen in einem Kölner Karnevalsschlager. Im Juni 1948 hat Erhard praktisch im Alleingang die Währungsreform und die Einführung der „D-Mark“ durchgesetzt; seit dieser Zeit ist nicht nur sein Bekanntheitsgrad, sondern auch seine Popularität in der Bevölkerung stetig gewachsen.

In Königswinter steht das künftige Wirtschaftsprogramm der CDU zur Debatte. Nach Erhards eindrucksvollen Darlegungen über freien Leistungswettbewerb und die Förderung des privaten Eigentums, über marktgerechte Preise, Ablehnung der Planwirtschaft und soziale Sicherheit für die wirtschaftlich Schwächeren stellt Adenauer fest: „Bisher habe ich Sie noch nie so klar und gut Ihre Grundsätze entwickeln gehört.“ Adenauer, der schon früh erkannt hat, daß sich mit Erhards „Sozialer Marktwirtschaft“ künftig Wahlen werden gewinnen lassen, setzt kurzerhand durch, daß dessen Programm zum Wirtschaftsprogramm der CDU erhoben werden soll - und tatsächlich geschieht dies schon bald darauf in Gestalt der „Düsseldorfer Leitsätze“ vom Juli 1949. Zwar sollen die sozial-ethischen Aussagen des „Ahlemer Programms“ der CDU vom Februar 1947 weiter gültig sein, aber den wirtschaftspolitischen Teil von „Ahlen“ samt Vergesellschaftungs- und Verstaatlichungsforderungen erklärt Adenauer schlicht für überholt.

Erhard ist für Adenauer und die CDU ein Glücksfall. Mit seinem Konzept, das durch Wirtschaftsaufschwung und gefüllte Schaufenster sichtbar bestätigt wird, steigt Erhard - neben Adenauer selbst - zur großen „Wahllokomotive“ in den Gründerjahren der Bundesrepublik auf. Aus dem fränkischen Professor mit der allzeit qualmenden Zigarre wird das Symbol des „Wirtschaftswunders“, ein Hoffnungsträger, der den Menschen Vertrauen und Zuversicht einflößt. - Und noch in anderer Hinsicht bringt die Konferenz in Königswinter - heute vor 45 Jahren - eine Weichenstellung: denn bis zuletzt hat sich auch die FDP darum bemüht, den parteilosen Wirtschaftsexperten für sich zu gewinnen. Doch Adenauer ist - nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal - schneller als seine Konkurrenten.

## Stoph-Nichte begeht „Republikflucht“

**A**m 24. Februar 1984 - heute vor zehn Jahren - sucht eine Gruppe von DDR-Urlaubern, die in der benachbarten CSSR Ferien macht, das Palais Lobkowitz auf - einen der schönsten Barockpaläste Prags in unmittelbarer Nähe der Burg, dem Sitz des Staatspräsidenten. Das Palais Lobkowitz beherbergt allerdings die Bonner Botschaft in Prag; und hier erklären die DDR-Urlauber, sie wollten die Botschaft nicht eher verlassen, bis ihre Ausreise in die Bundesrepublik gesichert sei.

Das ist damals kein ganz und gar ungewöhnlicher Vorgang; gerade im Jahr 1984 gibt es in Prag und in der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin eine ganze Reihe ähnlicher Fälle. Zur Sensation wird das Ereignis zwei Tage später, als westdeutsche Sonntagszeitungen die Identität der „Republikflüchtlinge“ enthüllen: es handelt sich nämlich um die Nichte des DDR-Ministerpräsidenten und SED-Politbüromitglieds Willi Stoph, die sich - nebst Familienmitgliedern - auf diese Weise von der DDR verabschieden und ihre Ausreise in die Bundesrepublik erzwingen will. Der Vorgang ist von einer Qualität, die für ein tagelanges Rauschen im bundesdeutschen Blätterwald sorgt. Vor allem aber ist das Ganze für die offizielle DDR zutiefst peinlich. Ministerpräsident Stoph sieht sich am 28. Februar genötigt, sich in einer steifen Erklärung öffentlich von seiner Verwandtschaft loszusagen. Der Ehemann der Nichte sei ein vorbestrafter Asozialer, „in zweiter Ehe mit Ingrid Berg geborene Stoph“ verheiratet; aber mit dieser Familie habe „der Vorsitzende des Ministerrates der DDR“ nichts zu tun. Es handele sich um eine „von den BRD-Medien inszenierte und gegen die DDR gerichtete Verleumdungskampagne“.

Frau Berg geb. Stoph kehrt einige Tage darauf samt Ehemann, zwei Kindern und Schwiegermutter unauffällig in die DDR zurück, von wo sie anschließend mit ihrer Familie in die Bundesrepublik ausreist. Das entspricht den Zusagen, die sie in Prag nach Gesprächen zwischen bundesdeutschen und DDR-Stellen erhalten hat.

Was den Fall wirklich nachdenkenswert macht, ist nicht so sehr die Tatsache, daß es auch „Republikflüchtlinge“ mit prominenter Verwandtschaft gibt. Sondern daß hier für einen kurzen Augenblick der Vorhang der tausendfach wiederholten Lüge aufreißt und den Blick freigibt auf den gigantischen Selbstbetrug, auf dem die DDR Zeit ihres Bestehens basiert: Das, was heute vor zehn Jahren in Prag passiert, ist die Realität - und nicht das, was die SED unentwegt verbreitet. Es wird noch bis 1989 dauern, bis der Vorhang endgültig zerreißt; dann aber wird die ganze Welt Zeuge der DDR-Wirklichkeit.

## Ende des Golfkriegs

**H**eute vor drei Jahren, am 28. Februar 1991 um 6.00 Uhr (MEZ), endet der Krieg am Golf. Genau hundert Stunden nach Beginn der Bodenoffensive gegen die irakischen Besatzer in Kuwait ist Saddam Hussein geschlagen. Der Diktator in Bagdad hat zu diesem Zeitpunkt bereits erklärt, nunmehr alle zwölf UNO-Resolutionen gegen den Irak bedingungslos erfüllen zu wollen; seine Truppen, die während der letzten Tage schwerste Verluste erlitten haben, befinden sich in ungeordneter Flucht auf dem Weg in ihre Heimat.

Die USA sind der große militärische und politische Sieger des Konflikts; der kommandierende General Norman Schwarzkopf schwimmt ebenso wie Präsident George Bush auf einer Welle der Popularität. Tatsächlich hat Amerika das Kunststück fertiggebracht, unter eigener Führung und mit voller Rückendeckung der Vereinten Nationen eine westlich-arabische Allianz gegen einen arabischen Aggressor zum Sieg zu führen - ohne daß das von irakischen Terrorangriffen provozierte Israel direkt in den Konflikt eingegriffen hat. Das Gefühl, daß nunmehr die Zeit reif ist, die Karten im Nahen Osten insgesamt neu zu mischen - einschließlich der Palästinenserfrage - ist weit verbreitet. Und vom Ende des Golfkriegs zieht sich denn auch ein direkter Faden zur Nahostfriedenskonferenz, die Ende Oktober 1991 unter dem Patronat der USA und der Sowjetunion in Madrid beginnt.

Furchtbar ist die Bilanz des monatelangen Wütens irakischer Truppen in Kuwait. Die aus dem Ausland zurückkehrenden Kuwaitis finden ein ruiniertes Territorium vor, in dem die daheim gebliebenen Landsleute von endlosen Greueln der irakischen Invasoren berichten. Die Freudenkumbungen der Bevölkerung nach der Befreiung sind überschattet von unermeßlichen menschlichen und materiellen Verlusten; noch monatelang brennen die kuwaitischen Ölquellen, und weite Küstenbereiche des Persischen Golfs sind verseucht. Vorübergehend wird gar eine weltweite Klimakatastrophe befürchtet, die glücklicherweise jedoch nicht eintritt.

Eine nachhaltige Aufwertung erfährt im Zuge des Golfkriegs die UNO, die viele schon als ernsthaften Faktor der Weltpolitik abgeschrieben hatten. Erstmals seit langer Zeit ist dem von der Weltorganisation gesetzten Recht wieder Geltung verschafft worden. Nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland macht dieser Sachverhalt grundsätzliche Überlegungen erforderlich. Denn Bonn ist beim Golfkrieg in den Augen der Verbündeten gerade noch einmal „davongekommen“; künftig, das zeigen die Reaktionen in den NATO-Hauptstädten ganz deutlich, werden die Deutschen nicht mehr der Frage ausweichen können, was sie denn konkret zum Frieden beizutragen gedenken. Kanzler Kohl, der die Gefahr der Isolierung im Westen früh erkannt hat, wird deshalb nach Ende des Golfkriegs nicht müde, öffentlich verfassungspolitische Konsequenzen zu fordern, damit künftig Klarheit über die Beteiligung der Bundeswehr an gemeinsamen Aktionen im Rahmen der UNO besteht.